

Auf dieser Seite informieren wir Sie gemäß dem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act / DSA).

## Daten der Kontaktstelle

Die Kontaktstelle der anwalt.de services AG für Nutzer unserer digitalen Dienste und für dafür zuständige Behörden sowie für vertrauenswürdige Hinweisgeber ist erreichbar per

- E-Mail an die Adresse [service@anwalt.de](mailto:service@anwalt.de)
- Telefonanruf an 0911 815815 0 (Mo-Do 9-17 Uhr / Fr 9-16 Uhr)

Die Kommunikation mit der Kontaktstelle ist in Deutsch und zudem in Englisch möglich.

Die Mitteilung soll – soweit vorhanden – folgende Informationen beinhalten:

- Ihr vollständiger Name
- Ihre Kontaktdaten
- Name Ihrer Behörde

Für Mitteilungen ohne Zusammenhang mit dem DSA wenden Sie sich bitte an unseren [Kundenservice](#).

## Mitteilen rechtswidriger Inhalte

Sie können Online-Inhalte, die Dienste der anwalt.de services AG verbreiten und die aus Ihrer Sicht rechtswidrig sind, per E-Mail an [service@anwalt.de](mailto:service@anwalt.de) mitteilen.

Berücksichtigen Sie in Ihrer E-Mail die folgenden Angaben gemäß Art. 16 DSA:

- eine hinreichend begründete Erläuterung, warum Sie die fraglichen Informationen als rechtswidrige Inhalte ansehen,
- eine eindeutige Angabe des genauen elektronischen Speicherorts dieser Informationen, etwa die präzise URL-Adresse bzw. die präzisen URL-Adressen, oder, soweit erforderlich, weitere, hinsichtlich der Art der Inhalte und der konkreten Art des Hosting-Dienstes zweckdienliche Angaben zur Ermittlung der rechtswidrigen Inhalte,
- Ihren Namen und Ihre E-Mail-Adresse oder Ihrer Einrichtung, es sei denn, es handelt sich um Informationen, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie eine in den Artikeln 3 bis 7 der [Richtlinie 2011/93/EU](#) genannte Straftat betreffen,
- eine Erklärung darüber, dass Sie oder die Einrichtung in gutem Glauben davon überzeugt ist, dass die in der Meldung enthaltenen Angaben und Anführungen richtig und vollständig sind.

Entfernen wir Inhalte, sperren wir den Zugang dazu oder beschränken wir die Anzeige von Informationen, teilen wir davon betroffenen Nutzern die zugrundeliegende Entscheidung mit. Entsprechendes gilt bei der Aussetzung oder Beendigung von Diensten gegenüber einem Nutzer sowie der Aussetzung oder Schließung seines Kontos und für Entscheidungen, ob Geldzahlungen im

Zusammenhang mit von den Nutzern bereitgestellten Informationen ausgesetzt, beendet oder die Fähigkeit der Nutzer zu deren Monetarisierung anderweitig eingeschränkt werden.

Gegen entsprechende Entscheidungen können betroffene Personen oder Einrichtungen innerhalb von sechs Monaten, ab der sie von der Entscheidung in Kenntnis gesetzt wurden, Beschwerde mittels E-Mail an [service@anwalt.de](mailto:service@anwalt.de) einlegen.

Enthält eine Beschwerde ausreichende Gründe für die Annahme, dass eine Entscheidung unrichtig ist, so machen wir diese rückgängig.

Kann eine Streitigkeit nicht zufriedenstellend beigelegt werden, haben Betroffene die Möglichkeit eine von den für den DSA zuständigen Behörden zugelassene außergerichtliche Streitbeilegungsstelle gemäß Art. 21 DSA anrufen. Die Streitbeilegungsstelle gibt allen Verfahrensbeteiligten die anfallenden Gebühren bzw. ihre Gebührenordnung bekannt. Zu einer bindenden Entscheidung ist die Streitbeilegungsstelle jedoch nicht befugt.

Bei häufigen offensichtlich unbegründeten Meldungen oder Beschwerden erfolgt keine Bearbeitung für einen angemessenen Zeitraum nach vorheriger Warnung.

## **Leitlinien, Verfahren, Werkzeuge und Maßnahmen zur Inhaltsmoderation**

Leitlinien für die Moderation von Inhalten sind die [Allgemeinen Geschäftsbedingungen](#) und [Nutzungsbedingungen](#) der anwalt.de services AG sowie rechtliche Vorgaben.

Die Beurteilung von Inhalten erfolgt durch menschliche Entscheidung, zeitnah, sorgfältig und objektiv. Begleitend setzen wir zur Moderation von Inhalten Wortfilter ein.

Mögliche Maßnahmen gegenüber Nutzern sind

- die Nichtanzeige oder Entfernung von Inhalten,
- die vollständige oder teilweise Aussetzung von Diensten,
- die vorübergehende oder dauerhafte Zugangsbeschränkung zum Konto,
- die Nutzung des Online-Marktplatzes zu verweigern, sofern der Nutzer nicht die Informationen nach Art. 30 DSA ermöglicht.

Gegenüber Personen, die häufig offensichtlich rechtswidrige Inhalte bereitstellen, werden Dienste nach vorheriger Warnung für einen angemessenen Zeitraum ausgesetzt.

## **Selbstbescheinigungen**

Wir bemühen uns von allen Anbietern, die auf der Website der anwalt.de services AG Dienstleistungen anbieten, bis zum 16.02.2025 eine Selbstbescheinigung gemäß Art. 30 Abs. 1 lit. e) DSA zu erhalten, in der sie sich verpflichten, nur Dienstleistungen anzubieten, die den geltenden Vorschriften des Unionsrechts entsprechen.

## **Transparenzberichte**

Aufgrund des erst neu geltenden DSA liegt noch kein Transparenzbericht der anwalt.de services AG vor. Gemäß der einmal im Jahr durch Art. 15 DSA vorgeschriebenen Veröffentlichung eines Transparenzberichts wird die anwalt.de services AG diesen voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2025 veröffentlichen.

## **Aktive Nutzer**

Die nach Art. 24 Abs. 2 DSA zu veröffentlichende Durchschnittszahl der monatlich aktiven Nutzer innerhalb der letzten sechs Monate betrug:

1.817.624 (Zeitraum: 01.08.2024 - 31.12.2024)

Als aktive Nutzer gelten nach Erwägungsgrund 77 DSA, Personen, die den Dienst in einem bestimmten Zeitraum tatsächlich mindestens einmal in Anspruch nehmen, indem sie Informationen ausgesetzt sind, die über die Online-Schnittstelle der Online-Plattform verbreitet werden, etwa indem sie sie ansehen oder anhören oder Informationen bereitstellen.